

NIEDERSCHRIFT Nr.: 6/S

über die öffentliche Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am **Mittwoch, 02.12.2015, um 18.05 Uhr**

6. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 18.05 Uhr

Sitzungsende: 19.00 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Martin Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Birgit Bergmann
Herr Mustafa Güngör
Herr Björn Fecker für Herrn Mustafa Öztürk
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)
Herr Andreas Kottisch
Herr Max Liess
Herr Dieter Reinken
Herr Dr. Volker Redder
Herr Klaus-Rainer Rupp
Frau Alexandra Werwath

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Herr Krämer	Herr Staatsrat Siering
Herr Cordßen	Frau Niestädt	Herr Sengstake
Herr Drücker	Herr Peters	Herr Ullrich
Frau Geßner	Herr Poppinga	Herr Wiebe
Frau Grewe-Wacker	Frau Stellmacher	Herr Wilken
Herr Hermann	Frau Schmitz	Herr Wittgrefe
Frau Jansen		

Gäste

Herr Howe(bremenports)
Herr Rehberg (bremenports)
Herr Heyer (WFB)
Frau Geber (WFB)
Herr Rehling (Bremer Weser-Stadion GmbH)
Herr Zobel (Bremer Weser-Stadion GmbH)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 5/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil- vom 04.11.2015

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenbericht zum 30.09.2015**

Vorlage Nr. 19/062-L/S

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** erläutert Frau **Gefßner** zu Seite 11 der Vorlage, bei den dort angesprochenen zwischenzeitlich fertig gestellten Anlagen handele es sich um die Einrichtungen und Anlagen für die Messehallen (Großküche, Beleuchtung und Photovoltaikanlage) im Teils Sondervermögen Veranstaltungsflächen sowie um den Medientunnel im Sondervermögen Gewerbeflächen.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) nimmt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) den vorgelegten Zwischenbericht per 30.09.2015 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Hafen
Controllingbericht für den Zeitraum Januar - September 2015**

Vorlage Nr. 19/079-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Hafen nimmt den Controllingbericht für den Zeitraum Januar bis September 2015 zur Kenntnis.

**TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt
Zwischenbericht zum 30.09.2015**

Vorlage Nr. 19/080-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als

Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2015 zur Kenntnis.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 5 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Marketingkonzept 2016 - 2020

Vorlage Nr. 19/082-S

Dep. Dr. Redder begrüßt die Marketinganstrengungen für die Überseestadt grundsätzlich; das Konzept mit einer Vielzahl an relativ teuren Einzelmaßnahmen sehe er aber nicht als schlüssig an.

Frau Geßner hebt die auch überregionale Bedeutung der Entwicklung der Überseestadt für die Stadtentwicklung in Bremen hervor. Die in die Entwicklung der Überseestadt geflossenen erheblichen Mittel rechtfertigten daher auch ein angemessenes Marketingbudget, das sich vergleichsweise – etwa zur Hafen-City in Hamburg – noch auf deutlich niedrigem Niveau bewege.

Dep. Dr. Redder bezweifelt weiter die zielgruppengerechte Ausrichtung des Konzeptes, das einen relativ hohen Mittelanteil für konservatives Marketing reserviere; seines Erachtens wäre ein gezielterer Mitteleinsatz über Youtube-Videos hinaus erfolgversprechender. Auch wenn die Hafen-City in Hamburg deutlich kleiner sei als die Überseestadt, so verbiete sich ein Vergleich mit Hamburg seines Erachtens von selbst.

Abg. Kottisch weist darauf hin, dass heute nur der konzeptionelle Rahmen für die Vermarktung der Überseestadt beschlossen werden solle; er sehe daher die Möglichkeit, dass in der Umsetzung einzelner Maßnahmen Modifikationen vorgenommen bzw. auch von außen vorgeschlagen werden könnten.

Abg. Kastendiek nimmt die Anregung des Abg. Kottisch auf und meint, die Verantwortlichen wären gut beraten, gegebenenfalls auf weiteren Sachverstand zurückzugreifen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem vorgelegten Marketingkonzept 2016 - 2020 für die Überseestadt Bremen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 6 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar - September 2015

Vorlage Nr. 19/065-L/S

Abg. Rupp verweist auf die EFRE-Übersicht, aus der sich eine Quote für die verausgabten Mittel von lediglich 62 % ergebe. Das erscheine relativ wenig; ihm stelle sich die Frage, ob und wann Bremen denn mit den ausstehenden EU-Mitteln rechnen könne. Erstaunlich sei, dass erst noch Strukturen aufgebaut werden müssten. **Abg. Kastendiek** schließt sich der Fragestellung an und ergänzt, es habe sich ein Verlustvortrag von rund 40 Mio. € in den Jahren 2013/14 aufgebaut, und zusätzlich mit den 17 Mio. € im Nachtragshaushalt veranschlagten Fehlbetrag für die EU-Mittel ergebe sich ein Risiko von rund 57 Mio. €.

Herr Wiebe erläutert, für die neue Förderperiode 2014-2020 müssten aufgrund neuer Kommissions-Vorgaben die bestehenden Strukturen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme mindestens modifiziert oder gar aufwändig umgebaut werden. Dies erfolge in allen Bundesländern; zusätzlich habe sich die Genehmigung der Förderprogramme durch die Kommission um ein Jahr verzögert, was den Strukturaufbau außerdem verzögere. Die Förderperiode 2007-2013 sei vermeintlich abgeschlossen, doch laufe der Abwicklungszeitraum noch bis in das Jahr 2017; insofern dürfe die Auszahlungsquote von rund 70% als angemessen bezeichnet werden. Die Nachzahlung der ausstehenden EU-Einnahmen sei unsicher aufgrund der verschiedentlich schon dargestellten Problematiken, etwa hinsichtlich der Unabhängigkeit der Prüfbehörde. Zum jetzigen Zeitpunkt mit aktuellem Sachstand sei er aber optimistisch, dass die ausstehenden Mittel noch vereinnahmt werden könnten.

Abg. Kastendiek fragt, ob und welche Prüfinstanzen im Wirtschaftsressort verblieben bzw. das Ressort wechselten. Im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt stelle sich die Frage, ob nicht auch der Verlustvortrag aus den EU-Mitteln mit dem Nachtragshaushalt hätte abgeschlossen werden können, wenn denn die EU-Mittel als sicher zu vereinnahmen gälten.

Abg. Rupp fragt, ob der Nachtragshaushalt die Liquidität der EU-Förderprogramme absichere.

Herr Wiebe ergänzt zu den Verwaltungs- und Prüfstrukturen, diese müssten zu jeder Förderperiode neu aufgebaut bzw. angepasst werden. Dabei werde auf die Erfahrungen und Strukturen aus der alten Förderperiode zurückgegriffen; letztendlich müssten die Strukturen aber auch den Anforderungen der Kommission genügen und von ihr abgenommen werden. Dazu sei vom Senat beschlossen worden, die Prüfbehörden beim

Finanzressort zusammenzufassen und dort zukünftig auch die EFRE- und ESF-Programme neben den EMFF- und Interreg-Programmen prüfen zu lassen.

Die bestehenden Mindereinnahmen beeinflussten die Liquidität im Haushalt; insofern reagiere der Nachtragshaushalt darauf; dies könne man als Vorfinanzierung verstehen, wenn im Gegenzug im kommenden Haushalt in gleichem Umfang zusätzliche Einnahmen eingehen würden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2015 zur Kenntnis.

TOP 7 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 71 und 81

Vorlage Nr. 19/070-L/S

Abg. Kottisch kündigt die Zustimmung zur Vorlage an, sofern versichert werde, dass die zur Finanzierung der Personalmehrausgaben herangezogenen Mittel für den Mittelweserausbau im Jahr 2015 nicht benötigt würden. **Dep. Dr. Redder** verbindet damit die Bitte um Erläuterung, ob am Mittelweserausbau überhaupt noch festgehalten werde.

Abg. Kastendiek schließt sich den Fragestellungen an und verweist darauf, dass der niedersächsische Wirtschaftsminister eine Einschränkung des Mittelweserausbaus in der Presse als unsinnig bezeichnet habe und an den bekannten Ausbaustandards festhalten wolle. **Abg. Rupp** hält das Finanzierungskonzept insgesamt für unverständlich und bittet um Erläuterung.

Herr Krämer unterstreicht, dass in Abstimmung mit dem Bund das Ausbauziel eines eingeschränkten Begegnungsverkehrs für die Mittelweser für das Großmotorgüterschiff bestehen bleibe. Das Bundesverkehrsministerium prüfe aber, ob die aktuell bestehende Planung für dieses Ziel noch in seiner ursprünglichen Form umgesetzt werden müsse bzw., ob nicht mit anderen Maßnahmen mehr erreicht werden könne. Als Ergebnis aktueller Analysen zeige sich, dass nicht aufwändige Uferrückverlegungen, sondern die Schleusenwartezeiten das beherrschende Thema für die uneingeschränkte Befahrbarkeit seien. Auch der Planfeststellungsbeschluss habe die uneingeschränkte Befahrbarkeit nicht zum Ziel gehabt. Ob und wie mit einer intelligenten Verkehrs- und Schleusensteuerung das Ziel erreicht werde, sei Gegenstand einer Probefahrt mit einem Großmotorgüterschiff durch das Bundesverkehrsministerium im nächsten Jahr. Dabei identifizierte Nadelöhre werde der Bund zügig bearbeiten. Inklusive der Unterhaltungsleistungen sehe der Bund in den kommenden Jahren Investitionen von rund 100 Mio. € in den Ausbau von Mittelweser und die Schleusensteuerung vor.

Der für den Mittelweserausbau veranschlagte Betrag im Haushalt werde dieses Jahr

nicht benötigt; nach Abschluss der Planungsarbeiten soll im nächsten Jahr eine Vereinbarung über die weiteren Finanzierungsmodalitäten zwischen Bund und Bremen geschlossen.

Abg. Bödeker äußert die Ansicht, dass die uneingeschränkte Befahrbarkeit bisher immer als Ausbauziel dargestellt worden sei. Eine entsprechende nachhaltige Ertüchtigung der Weser als dauerhaften Verkehrsweg müsse daher weiterhin das Ziel sein, wenn das Verkehrsmittel „Binnenschiff“ als gestärkt werden solle.

Senator Günthner beschreibt die Haltung Niedersachsens als abwartend, da es sich am Ausbau finanzielle nicht beteilige. Maximalforderungen könnten jedenfalls weder vom Bund und noch weniger vom Bremen finanziert werden. Sicher sei jedenfalls, dass der Bund und Bremen unverändert an einer nachhaltigen Lösung des Mittelweserausbaus arbeiten.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 843 T€ durch folgende Einsparungen zu:

288 T€ Euro aus der Haushaltsstelle 0709/888 55-2 „EU-Programme EFRE 2007- 2013 –investiv- und

555 T€ Euro aus der Haushaltsstelle 0801/881 10-6 „Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser“.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 8 Beteiligungsbericht über das 1. - 3. Quartal 2015

Vorlage Nr. 19/066-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. – 3. Quartal 2015 zur Kenntnis.

TOP 9 Controllingbericht der WFB per 30.09.2015

Vorlage Nr. 19/067-L/S

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) nimmt den Controllingbericht der WFB per 30. September 2015 zur Kenntnis.

TOP 10 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen

Finanzierung 2016 und 2017 (teilweise EFRE-Programm 2014-2020)

Vorlage Nr. 19/071-L/S

Abg. Kottisch erläutert, dass sich die Koalitionsfraktionen geeinigt hätten, die ursprünglich versandte Fassung zu beraten; Im Beschlussvorschlag werde aber unter Ziffer 4 die Evaluation für Ende 2016 – statt 2017 – erwartet. Diese Fassung schaffe Planungssicherheit sowohl für die Stadtteilinitiativen wie auch für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die nachversandte Neufassung werde zurückgezogen.

Abg. Kastendiek hält die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen inhaltlich für zustimmungsfähig, denn sie stabilisierten komplexe, zum Teil problematische Strukturen etwa in Fragen der Nahversorgung. Für problematisch halte er die Wirksamkeits- und Erfolgsprüfung. Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel sei ein effizienter Mitteleinsatz mit großer Hebelwirkung anzustreben.

Abg. Fecker begrüßt die grundsätzliche Einigkeit in der Deputation über den inhaltlichen Nutzen der Maßnahmen. Der Schwerpunkt liege auf der Stärkung lokaler wirtschaftlicher Strukturen. In der Abwägung zwischen einer ein- oder zweijährigen Förderung sehe er die längere Förderperiode bei einer vorgezogenen Evaluation in dann 2016 als zielführender.

Dep. Dr. Redder moniert, er habe sich aufgrund des angekündigten Austausches nur auf die Neufassung vorbereitet; somit könne er sich trotz inhaltlicher Zustimmung nur enthalten.

Abg. Rupp begrüßt die Förderung der City- und Stadtteilinitiativen sowie die im Kern richtige Mittelaufteilung. Besonders erwähnenswert sei die soziale Komponente der Arbeit in den Stadtteilinitiativen. Eine Evaluierung halt er für möglich, wenn diese auf einzelne Kernthemen oder einzelne Initiativen konzentriert würde.

In Richtung des Dep. Dr. Redder erklärt **Abg. Kottisch**, die Unterschiede in den Vorlagenversionen betreffen lediglich den Beschlussvorschlag.

Insgesamt stehe die SPD-Fraktion hinter den Stadtteilinitiativen; er könne nur warnen, diese in ein falsches Licht zu rücken. Erfolgskontrollen für Marketinginstrumente gestalteten sich schwierig; insofern biete ein enger Kontakt bei der laufenden Arbeit einen Lösungsansatz.

Abg. Kastendiek weist der CDU-Fraktion zugesprochenen inhaltlichen Widerstand gegen die Initiativen zurück; er beziehe sich auf eine lange erhobene Forderung schon in den vergangenen Jahren bezüglich der Zieldefinitionen und Evaluation. Im Gegenteil wecke der korrigierte Beschlussvorschlag sogar Sympathie vor dem Hintergrund einer

erhöhten Planungssicherheit der Initiativen. Aber diese auch von Rechnungshof und Haushaltsausschuss aufgeworfenen Fragestellungen seien noch nicht abgearbeitet.

Frau Grewe-Wacker unterstreicht die Bedeutung eines verlässlichen Finanzrahmens für die Stadtteilinitiativen. Die in der Vorlage dargestellten Evaluierungsergebnisse des vergangenen Förderzeitraums hätten aufgrund der Haushaltssperre mit eigenen Mitteln unter erschwerten Bedingungen ermittelt werden müssen und seien unter diesen Vorzeichen nach bestem Wissen erfolgt.

Abg. Liess bemerkt, die Berichterstattung seitens der Initiativen habe sich seit dem Start des City- und Stadtteilmanagements in Bremen deutlich verändert und verbessert. Er führt weiter aus, dass mit dem Programm verbundene Ziele wie Stärkung des Ehrenamtes oder eine Stärkere Vernetzung von Akteuren im Stadtteil anhand der der Vorlage beiliegenden Formblätter durchaus nachvollziehbar quantifizierbar seien.

Dep. Dr. Redder unterstreicht, er halte die Beratung der Vorlage verfahrensmäßig für unglücklich vorbereitet. Auch er halte er die Evaluierung von Ehrenämtern für relativ einfach.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Tätigkeitsberichte, Planungen und die intern erstellten Kurzbewertungen als tragfähige Basis für eine Fortsetzung der Arbeit in den Jahren 2016 und 2017 zur Kenntnis und stimmt den vorgesehenen Maßnahmen zu.
2. Sie nimmt zur Kenntnis, dass für die Durchführung der vorgesehenen Marketingmaßnahmen in den Jahren 2016 und 2017
 - für die Bremer **Innenstadt** Mittel in Höhe von € 700 T ,
 - für das Mittelzentrum **Veogesack** (einschl. Burglesum und Blumenthal) Mittel in Höhe von € 450 T,
 - für das Stadtteilzentrum **Gröpelingen** Mittel in Höhe von € 560 T (= EFRE-Mittel und Komplementärfinanzierung),
 - für das Stadtteilzentrum **Hemelingen** Mittel in Höhe von € 160 T,
 - für das Stadtteilzentrum **Neustadt** Mittel in Höhe von € 160 T

insgesamt also € 2.030 T, erforderlich sind.

Die in diesem Rahmen angestrebte EFRE-Förderung steht unter dem Vorbehalt der bezüglich der Umsetzung des EFRE-Programms in vielen Bereichen noch festzulegenden Detailregelungen. Diese müssen im weiteren Verlauf berücksichtigt werden und können ggf. auch zu Einschränkungen bezüglich der Förderung führen.

3. Sie stimmt einer externen Bewertung der Wirksamkeit und Effizienz der Initiativen zu.
Diese wird Ende 2016 der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt.
Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 11 Bremer Innenstadt

Einzelhandelsentwicklung Innenstadt und Ansgariquartier

Vorlage Nr. 19/021-S

Auf Anregung des **Abg. Kastendiek** wird der TOP gemeinsam mit TOP 12 beraten.
Mit Hinweis auf das ausgebliebene Angebot des noch verbleibenden Bieters im strukturierten Bieterverfahren Ansgaritor und die entsprechende Berichterstattung für die Deputationssitzung am 30.07.2015 führt **Frau Grewe-Wacker** in die Vorlage ein. Mit dieser würden die Arbeitsaufträge vom 30.07.2015 hinsichtlich der Entwicklung eines Zwischennutzungskonzeptes für die Immobilie Lloyd-Hof, bezüglich der Einrichtung eines Arbeitsgremiums zur Entwicklung von Perspektiven für das Ansgaritor sowie von Projekten für 2016 und 2017 für die weitere Innenstadtentwicklung über den Lloyd-Hof hinaus abgearbeitet.

Die mit der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH und der Cityinitiative Bremen Werbung e.V. entwickelte Zwischennutzung für den Lloyd-Hof sehe eine nutzungsgemischte Belegung mit Schwerpunkt Einzelhandel abseits der bekannten Marken vor, dessen Angebot auch um spezifisch bremische Produkte ergänzt werden könnte.

Der Perspektivkreis habe die Aufgaben, sich mit den Ursachen für das Scheitern des Bieterverfahrens zu befassen sowie die seinerzeitigen Zielsetzungen wie Einzelhandelsflächenausweisung und Markenvielfalt in der City sowie eine Vergrößerung des Flächenangebots im mittleren Segment zu überprüfen und zu aktualisieren. Eine hierauf beruhende Entwicklungsempfehlung aus dem Perspektivkreis gerichtet an die Ressorts Wirtschaft und Bau sei nach etwa drei bis vier Sitzungen für das Frühjahr 2016 geplant. Als Sofortmaßnahme sei aufbauend auf dem Konzept „Bremen Innenstadt 2025“ zusammen mit Handelskammer Bremen, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Cityinitiative Bremen Werbung e.V. sowie Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein „City-Programm 2016/17“ erarbeitet worden. Im Sinne einer Smart City werde in diesem Rahmen auch das Thema öffentlich zugängliches WLAN vorangetrieben. Parallel habe die Cityinitiative Bremen Werbung e.V. im September 2015 eine eigenfinanzierte City-App mit inzwischen 1.100 Einträgen an den Markt gebracht, um die City gut erleb- und erfahrbar darzustellen. Hinzu komme die Aufnahme von möglichst allen Einzelhändlern und Dienstleistern im Shopping-Portal des offiziellen Stadtportals bremen.de durch das Standortmarketing/bremen-online. So könne das nach Erhebungen der Hochschule Bre-

men und des Handelsverbandes Nordwest noch nicht im Internet präsen- te letzte Drittel an Einzelhändlern und Dienstleistern den Zugang zum „digitalen Einzelhandel“ erhalten und die Innenstadtinteressierten einen angenehmeren Aufenthalt durch eine vollständi- gere Angebots- und Erlebnispräsentation erfahren.

All diese Maßnahmen seien in Arbeit und bereits finanziert. Als neue Maßnahme solle im Rahmen von Smart City der Übergang zwischen Land- und Amtsgericht als digitale In- formationsfläche zwischen Kulturmeile und City dienen.

Abg. Kastendiek begrüßt die Aufnahme von Einzelmaßnahmen aus der Smart-City- Initiative seiner Fraktion in die Innenstadtentwicklung. Er unterstreicht weiter die Bedeu- tung der Ursachenanalyse für die Innenstadtentwicklung. Das aktuelle Beispiel Ham- burgs mit der Investition in ein innenstädtisches Einkaufscenter mit 80.000 m² verdeut- liche die Potenziale innerstädtischer Einkaufszentren. In Bremen sei es nach sechs Jahren Innenstadtentwicklung dagegen bisher nicht gelungen, ein zentrales Einzelhan- delsprojekt zu initiieren. Für Bremen leite er daraus ab, dass die Innenstadtentwicklung von Grund auf völlig neu überdacht werden müsse. Seines Erachtens sollte der Kernbe- reich stärker in den Fokus genommen und gestärkt werden; auch solle tabulos über eine Verlagerung des Parkhauses Mitte und den Abriss der Hochstraße nachgedacht werden. Die Vorlage zu TOP 11 biete kaum Zukunftsweisendes und werde daher von der CDU- Fraktion auch abgelehnt.

Zu TOP 12 stelle sich die Frage, wie sich die Refinanzierung der Investition in den Lloyd- Hof nach dem Auszug des Bauressorts darstellen werde; aktuell halte sich die Finan- zierung auch nur bei einer schwarzen Null, weil sich die Immobilie im Umlaufvermögen befinde. Insgesamt werde die Sachlage kritisch beurteilt.

Abg. Kottisch begrüßt die vorgeschlagene Zwischennutzung, die aber noch weiter aus- gearbeitet werden müsse. Überlegungen hinsichtlich eines Abrisses des Parkhauses Mitte erteile er mit Verweis auf bereits erfolgte Prüfungen eine Absage. Die von der CDU-Fraktion angestrebte Smart-City-Initiative sei seinerzeit zu dirigistisch gewesen; dies spreche nicht gegen eine Übernahme sinnvoller, den innerstädtischen Einzelhandel unterstützenden Einzelmaßnahmen. Im Beispiel der entwickelten City-App zeige sich die kreative Arbeit der Cityinitiative.

Abg. Rupp gibt zu bedenken, dass sich das Zwischennutzungskonzept als Erfolg erwei- sen könnte – die Überführung des Zwischennutzungskonzepts in eine dauerhafte Lö- sung sollte bei den weiteren Arbeits- und Entwicklungsschritten nicht ausgeschlossen werden.

Abg. Kastendiek sieht den Zeitpunkt gekommen, sowohl in Fachgremien wie auch in der Bürgerschaft einen erneuten, abseits aller Tabus und parteipolitischen Programme

grundsätzlichen Austausch über die Innenstadtentwicklung einzuleiten. Die CDU-Fraktion sei jedenfalls dazu bereit.

Senator Günthner stellt fest, das Immobilienentwicklungsangebot Bremens sei am Markt nicht angenommen worden; zudem würden die potentiellen Bieter besonders nach den Eigentümerwechseln bei Kaufhof und Karstadt in jüngster Zeit auf die Vorstellungen der größten Einzelhandelsanbieter in der Bremer City warten. Ein politischer Konsens allein garantiere also nicht den erhofften Erfolg. Die privaten Immobilieneigentümer schauten zunächst auf ihre Rendite – solange diese stimme, gebe es - so wie in den vergangenen Jahren erkennbar - keine Veranlassung für das Einbringen der Immobilie in einen größeren Entwicklungsprozess.

Trotzdem könnte sich eine tabulose Debatte als fruchtbar erweisen, auch wenn er vor überzogenen Erwartungen warnen müsse. Es könne viel Phantasie hinsichtlich Hochstraße und Parkhäuser entwickelt werden, doch gebe es an den Stadträndern bereits viele hochwertige Einzelhandelsflächen und auch die Umlandkonkurrenz sowie die Konkurrenz durch attraktive Einkaufsstädte wie Hamburg und Oldenburg dürfe nicht vergessen werden. Eine Lösung allein durch einen politischen Konsens sei daher illusionär.

Abg. Kastendiek hebt hervor, es sei illusionär gewesen, rd. 25 Mio. € in die Immobilie Lloyd-Hof zu investieren und diese Investition mit einem ungeeigneten Bewertungsverfahren zu hinterlegen. **Senator Günthner** erwidert, die Immobilie sei gekauft worden, weil sie für die angestrebte Entwicklung benötigt worden sei. Die Immobilienmarktentwicklung rund um das Projekt sei bereits damals spekulativ gewesen; die seinerzeit kurzfristig erfolgte Mietverlängerung des Bausenators vor dem Regierungswechsel habe den damaligen Wert der Immobilie erhöht, der heute wiederum zur Refinanzierung der Investition beitrage. Bremen habe bittere Erfahrungen gemacht. Aus diesen müssten Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung gezogen werden. Diese Entwicklung könne aber keinesfalls abseits der Vorstellungen der Eigentümer von Kaufhof und Karstadt eingeleitet werden.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Sie bittet, das Konzept zur Zwischennutzung der Immobilie Lloydhof umzusetzen.
3. Sie bittet, das „Arbeitsgremium Perspektiven Ansgaritor“ in der vorgeschlagenen organisatorischen Anbindung einzurichten und erwartet bis zum Frühjahr 2016 einen Bericht zu seinen Empfehlungen und zum weiteren Vorgehen bei der Entwicklung von Lloydhof und Parkhaus Brill.

4. Sie bittet die zuständigen Ressorts die Projekte für die Jahre 2016/2017 zu konkretisieren und umzusetzen.
5. Die städtische Deputation stimmt der Mittelbereitstellung in Höhe von insgesamt 1.000.000 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 12 City Center Bremen - Finanzielle Auswirkungen auf die Ansgaritor Grundstücksverwaltungs GmbH

Vorlage Nr. 19/083-S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.
2. Sie stimmt der Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Hochwasserschutz Weser-Stadion

Vorlage Nr. 19/084-S

Abg. Fecker bittet, den Beteiligungsprozess des Beirates Östliche Vorstadt zu erläutern. **Frau Grewe-Wacker** erklärt, es habe in 2014 vier Beiratssitzungen gegeben, in denen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten das Projekt Hochwasserschutz Weser-Stadion von den Ressorts Wirtschaft und Bau sowie der Bremer Weserstadion GmbH als Maßnahmeträger erläutert worden sei; außerdem habe es am 10.07.2014 eine Sitzung des Leitbildgremiums gegeben. Eine Woche später sei dem Beirat das Konzept „Hochwasserschutz plus“ vorgestellt worden. Das „Plus“ beziehe sich auf die infolge des im Hochwasserfall schnell ansteigenden Grundwasserspiegels einzubeziehende Fläche, die nötig sei, um auch hierfür die Deichverteidigung sicher zu stellen. In jeder dieser Sitzungen und zuletzt in der Sitzung des Beirats- Fachausschusses am 04.11.2015 habe der Beirat zu dem Projekt Beschlüsse gefasst und Forderungen gestellt, denen man weitestgehend nachgekommen sei. Die Frist für seine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Planfeststellungsverfahren sei für den Beirat zweimal - zuletzt bis Ende November 2015 - verlängert worden.

Aufgrund der baulichen Zeitpläne lasse sich die Maßnahme nicht um ein oder zwei Monate verschieben; eine Verschiebung dieser Wasserbaumaßnahme mit entsprechenden Zeitbeschränkungen auf die hochwasserfreie Zeit würde letztlich eine Verzögerung um 12 Monate mit einer Fertigstellung erst zur herbstlichen Hochwasserzeit in 2017 bedeu-

ten.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Planungskonzept und dessen Finanzierung für den verbesserten Hochwasserschutz für das Weser-Stadion zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der von der FHB zu tragen Kosten für die Freiraum- und Landschaftsmaßnahmen in Höhe von 2.462.000 € zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem als Anlage 4 beigefügten Antrag auf Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754.891 20-2 „Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen“ mit Abdeckung in 2016 in Höhe von 1.172.000 € und in 2017 in Höhe von 1.290.000 € zu
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung dieser Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 14 "Dauerausstellung Spicarium in Hafenspeicher Vegesack"

Vorlage Nr. 19/050-S

Abg. Kottisch bedauert die Schließung des Spicariums, die seines Erachtens mit dem aktuell erreichten Sach- und Erkenntnisstand unvermeidlich sei. Insbesondere wegen der bisher dort geleisteten guten Arbeit sei die Schließung bedauerlich, denn schließlich sei nicht etwa Missmanagement ursächlich, sondern vielmehr die gutachterlich unterlegten unrealistischen Annahmen zur Investition in diese Einrichtung.

Mit einer Beschlussfassung zur Schließung des Spicariums verbinde er die Bitte an den Senat, das Nachnutzungskonzept deutlich anzureichern; dabei sei eine Kannibalisierung mit ähnlichen Einrichtungen in Bremen-Nord zu vermeiden. Auch müsse der Übergang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgedeckt werden.

Dep. Dr. Redder spricht sich dagegen für die Aufrechterhaltung Spicarium-Betriebs aus. Seiner Kenntnis zufolge würden ansässige Unternehmen ihre Bereitschaft bekunden, sich bei weiterem Betrieb der Einrichtung zu engagieren. Zur Besucherzahl sei auffällig, dass insgesamt nur sechs Schulklassen das Spicarium besucht hätten. Es steche hervor, dass das Spicarium einen guten Ruf habe und doch nur wenig Publikum anziehe. Die angestrebte Nachnutzung stelle sich ihm noch nicht schlüssig dar, wie ihm die Schließung insgesamt unverständlich erscheine. Das Marketing könnte ausgebaut und

mit verstärkter Werbung unter Schulklassen die Besucherzahl leicht gesteigert werden und damit eine Fortführungsperspektive begründen.

Abg. Kastendiek schließt sich den Ausführungen an. Das Siechtum des Spicariums münde nunmehr in eine seines Erachtens unnötige Schließung. Unter Abwägung von Vor- und Nachteilen sehe er eine realistische Fortführungsperspektive. Aus dem Anspruch Vegesacks als Mittelzentrum erwachse das Gebot, eine solche Einrichtung an diesem Standort vorzuhalten

Er teile die positive Bewertung der Arbeit im Spicarium; hingegen sei noch völlig unklar, ob die angestrebte Nachnutzung diesen Anforderungen gerecht werden könne. Das Spicarium ergänze die maritime Meile in Vegesack und bilde das Bindeglied in den städtischen Bereich. Die zum Spicarium aktuell geführten Diskussionen seien in dieser Form längst auch für andere Standorte zu führen.

Abg. Rupp schließt sich den Ausführungen und Forderungen von CDU- und FDP-Fraktion an. Seines Erachtens werde mit dem Rückzug des Spicariums ein Erosionsprozess in Vegesack verstärkt; er bedeute den politischen Rückzug aus Bremen-Nord und auch die Kapitulation vor der schwierigen Situation dort.

Abg. Fecker hält den Entschluss zur Schließung für richtig. Er betont weiter, dass dies nicht den politischen Rückzug aus Bremen-Nord bedeute oder gar die Politik von der Verpflichtung zu weiteren Anstrengungen in Bremen-Nord entbinde.

Abg. Kottisch verdeutlicht, dass sich das Produkt „Spicarium“ aktuell leider nicht als marktfähig erwiesen habe. Sollte sich aber tatsächlich die Bereitschaft zu nachhaltigem Engagement aus der Privatwirtschaft zeigen, so würde sich das Wirtschaftsressort sicher nicht sperren.

Abg. Liess stellt fest, dass die Zielzahlen nicht annähernd erreicht worden seien. Dieses eindeutige Ergebnis müsse seines Erachtens zu einer Schließung führen. Er weise aber zurück, dass damit ein Rückzug der Politik aus Bremen-Nord verbunden sei; auch das Haven Hööv't müsse und werde in der Gesamtproblematik mitbedacht werden. In diesem Zusammenhang erinnere er an seine Berichtsbitte. In der angestrebten Nachnutzung des Speicher-Gebäudes überzeuge zwar das Ausstellungsprinzip, nicht aber die inhaltliche Ausrichtung.

Dep. Dr. Redder spricht sich für ein Moratorium und eine Aussetzung der Vorlage aus, damit die potenziellen Interessenten Zeit für ein ernsthaftes Angebot hätten; auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** stellt er dies als Antrag zur Abstimmung.

Abg. Kastendiek lässt über den Antrag des Dep. Dr. Redder auf Aussetzung der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU, FDP und Linke abgelehnt.

Abg. Kastendiek leitet in die Beschlussfassung über die Vorlage über.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Schließung der Dauerausstellung Spicarium im Hafenspeicher Vegesack zum 31.12.2015 zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zusammen mit der WFB bis April 2016 ein konkretisiertes Konzept zur Folgenutzung vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU, FDP und Linke.

TOP 15 Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/078-L/S

Frau **Bösch**en bittet, mittelfristig die Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der Jobcenter der Deputation vorzustellen.

Abg. Frau **Bergmann** sieht eine erfreuliche Entwicklung der Ausschöpfungsquote, hält aber die Umschichtung ins Verwaltungskostenbudget für unglücklich und regt eine Finanzierung über Fallpauschalen oder ähnliches an. Frau **Jansen** erklärt, dies liege an der unzureichenden Ausstattung der Jobcenter mit Personal- und Sachmitteln durch den Bundesgesetzgeber; aktuell erfolge die Finanzierung der Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostenverordnung.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung zum 01.01.2016

Vorlage Nr. 19/060-L/S

Abg. Bödeker sieht die Erhöhung der Kappungsgrenze vor dem Hintergrund des Wettbewerbs zwischen den norddeutschen Häfen kritisch. **Senator Günthner** verweist auf den mit den Erhaltungsmaßnahmen verbundenen Aufwand für die bremischen Häfen und hält die Deckung eines Teils dieses Aufwandes aus den Einnahmen der Hafengebühren für sinnvoll und erforderlich.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2016 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 17 Änderung von Vorschriften über die Entsorgung von Schiffsabfällen

Vorlage Nr. 19/061-L/S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände dem Senat zur Beschlussfassung und Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zuzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 18 Die Ergebnisse des Dialogforums Schiene Nord aus Bremer Sicht

Vorlage Nr. 19/086-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Dialogforum Schiene Nord zur Kenntnis.

TOP 19 bremenports - Planung 2016

Mündlicher Bericht auf Bitte der CDU-Fraktion

Abg. Kastendiek erläutert die Berichtsbitte der CDU, die auf einem ähnlichen Themenkanon fuße wie die Berichtsbitte zur WFB.

Herr Howe bemerkt einleitend, dass die Planung für das kommende Jahr in zwei Wochen dem Aufsichtsrat vorgestellt werde.

Entsprechend zum Wachstum der Häfen und ihrer Anlagen wüchsen auch die mit ihnen verbundenen Erwartungen und Aufgaben für bremenports. Exemplarisch seien der Ausbau der Hafeneisenbahn, die anstehenden Sanierungen und Erweiterungen im Kajenbereich für Lloyd-Werft und den Offshore-Terminal sowie die Schleusenunterhaltung zu nennen. Alle Maßnahmen erfolgten vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit. Im Übrigen

solle das zu Gewinnen führende, erfolgreiche Drittgeschäft fortgeführt werden.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zum Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven erklärt er weiter, die Beauftragung der Hauptgewerke sei im Januar 2016 zu erwarten; den ersten Rammschlag zum Hauptbauwerk – der Kaje – sehe er im zweiten Quartal 2016.

TOP 20 Aktuelles

Erschließung des Gewerbegebietes Hemelinger Marsch

Mündlicher Bericht

Abg. Kastendiek erläutert, die CDU-Fraktion habe um einen mündlichen Bericht zur Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie Bremen (GHB) gebeten.

Frau Geßner hebt die Bedeutung des GHB für die Gewerbeentwicklungsplanung hervor. Es profitiere von der Lage an der BAB 1 und erfahre weiteres Gewicht durch eine enge Verknüpfung zum Mercedes-Werk und die mittel- und langfristig zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale. Als bevorzugter Standort für die Automobilzuliefererindustrie sei es auch für die zukünftige Entwicklung des Mercedes-Werks selbst von großer Bedeutung. Diese eingeleitete Entwicklung solle in den nächsten Jahren weiterverfolgt werden. Der Senat habe die weitere Entwicklung des GHB in fünf Entwicklungsstufen aufgeteilt. Die Entwicklungsstufen eins und zwei seien planungsrechtlich festgelegt; in der zweiten Entwicklungsstufe sei aktuell die Anbindung an das äußere Verkehrsnetz, das heißt unter anderem die Unterführung der Eisenbahnstrecke sowie die innere Erschließung, in der Umsetzung, die in enger Abstimmung mit den zukünftigen Bedarfen von Mercedes erfolge.

Sie erwartet, dass die ersten Flächen der zweiten Entwicklungsstufe Anfang 2017 der Vermarktung zur Verfügung stehen könnten; die weitere Erschließung erfolge dann in Abstimmung mit den Unternehmen. Ein 1. Bauabschnitt sollte dann Ende 2017 erschlossen sein.

Auf Nachfragen des **Abg. Kastendiek** stellt **Frau Geßner** fest, die Unternehmen könnten mit ersten Baumaßnahmen Anfang 2017 beginnen, während bis Ende 2017/Anfang 2018 die Erschließungsmaßnahmen des 1. Bauabschnitts abgeschlossen sein sollte. Der Zeitplan und die Umsetzung der Maßnahmen sind eng mit Mercedes abgestimmt.

Herr Heyer bestätigt diese Aussage und ergänzt, dass der Modellwechsel der C-Klasse in 4-5 Jahren erfolge.

TOP 21 Verschiedenes

Abg. Kastendiek weist auf die ausliegende Broschüre „Masterplan Industrie“ hin.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013

Stand: 25.01.2016

Übersicht über die insgesamt zur Verfügung stehenden, die bereits beschlossenen und verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse Ressort	insgesamt zur Verfügung stehend	bereits beschlossen	in %	noch verfügbar	in %	bereits verausgabt*	in %
Prioritätsachse 1							
"Wachstum fördern - Innovationen und Wissen voranbringen"	84.300.000	85.683.342	101,6	-1.383.342	-1,6	61.194.191	72,6
Wirtschaft	44.400.004	45.259.828	101,9	-859.824	-1,9	24.548.909	55,3
Wissenschaft	20.000.000	19.966.848	99,8	33.152	0,2	21.933.640	109,7
Umwelt / Bau	9.900.000	9.807.616	99,1	92.384	0,9	10.368.531	104,7
Arbeit	9.999.996	10.649.050	106,5	-649.054	-6,5	4.343.111	43,4
Prioritätsachse 2							
"Städtische Lebens- und Wirtschaftsräume aktivieren"	55.000.000	55.814.942	101,5	-814.942	-1,5	28.177.139	51,2
Wirtschaft	47.375.000	48.596.403	102,6	-1.221.403	-2,6	25.083.756	52,9
Umwelt / Bau	6.600.000	6.193.543	93,8	406.457	6,2	3.083.167	46,7
Arbeit	1.025.000	1.024.996	100,0	4	0,0	10.216	1,0
Technische Hilfe (nur Wirtschaft)	2.706.631	2.706.631	100,0	0	0,0	2.235.191	82,6
Programm insgesamt	142.006.631	144.204.915	101,5	-2.198.284	-1,5	91.606.522	64,5
Wirtschaft	94.481.635	96.562.862	102,2	-2.081.227	-2,2	51.867.856	54,9
Wissenschaft	20.000.000	19.966.848	99,8	33.152	0,2	21.933.640	109,7
Umwelt / Bau	16.500.000	16.001.158	97,0	498.842	3,0	13.451.699	81,5
Arbeit	11.024.996	11.674.046	105,9	-649.050	-5,9	4.353.327	39,5

Anmerkung:

Zum 31.12.15 ist das EFRE-Programm 2007-13 ausgelaufen. Alle Mittel sind gebunden. Es stehen keine Beschlussfassungen von Mitteln mehr an. Die Ausgaben in den Projekten sind erfolgt, wengleich auch noch nicht alle Ausgaben vollständig von der EFRE-Verwaltungsbehörde geprüft und erfasst wurden.

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 25.01.2018

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	12.060.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	420.000	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	0	0
Programm insgesamt	96.840.070	14.961.904	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Projektliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
2	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
6	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
7	Deputation SWAH HaFA	30.09.2015 09.10.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
8	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
9	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
10	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 02.12.2015)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Potenzielle bilanzielle Auswirkungen der Ausschreibung von Bodenverkehrsdiensten auf die Flughafen GmbH	01.07.2015	Abg. Rupp	Sommer 2016
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 02.12.2015
4.	Nationale Maritime Konferenz Bericht zum gemeinsamen Arbeitsprogramm der Küstenländer	09.09.2015	Abg. Reinken	10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
7.	Haven Hööv Bericht zur aktuellen Situation, Zukunftsperspektiven	30.09.2015	Abg. Liess	10.02.2016
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur wfb - im Geschäftsjahr 2014 - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	02.03.2016 nach Jahresabschluss
11.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme der Jobcenter	02.12.2015	Abg. Frau Böschen	
12.	Breitbandausbau Ergebnisse der Senatsberatung	02.12.2015	Abg. Kastendiek	nach Senatsbeschluss